



Katja Dörner

Mitglied des Deutschen Bundestages

Besuch der Kinderkommission des Bundestages in Norwegen vom 14. bis 16. Juni 2011

Mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo), Eckhardt Pols (CDU), Marlene Rupprecht (SPD), Nicole Bracht-Bendt (FDP) und Diana Golze (Linke), bin ich vom 14. bis zum 16. Juni 2011 nach Oslo gereist. Delegationsleiterin war Marlene Rupprecht (SPD). Neben den Kommissionsmitgliedern begleiteten uns der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubertus Hüppe, Dr. Sabine Skutta von der National Coalition zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland sowie Lars Möller für das Sekretariat der KiKo. Ziel der Reise war, einen Einblick in die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, insbesondere unter dem Blickwinkel Inklusion von Kindern und Jugendlichen in Norwegen, zu erlangen. Norwegen hat im europäischen Vergleich im Bereich der Inklusion Standards geschaffen und wird in vielen Publikationen als Vorbild für Deutschland dargestellt. Auch für die Bundesrepublik, die die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und auch ratifiziert hat, ist Inklusion ein zentrales Thema, da die Konvention den Wandel vom integrativen zum inklusiven Ansatz einfordert.

Unser Reiseziel Oslo ist die Hauptstadt und eine eigene Provinz Norwegens. Von Wald und Fjord umgeben, blickt die Stadt auf eine tausendjährige Geschichte zurück. Heute leben in Oslo 600.000 Menschen von denen 24% nicht die norwegische Staatsangehörigkeit besitzen. Neben den vielen Sehenswürdigkeiten ist das für Europa ungewöhnlich hohe Preisniveau bemerkenswert: Seit 2006 ist Oslo die teuerste Stadt der Welt. In Oslo befindet sich darüber hinaus mit 30.000 Studierenden die größte Universität des Landes. Sie wurde nach dem Vorbild der Humboldt-Universität im Jahr 1811 gegründet.

Treffen mit Mitgliedern des Arbeits- und Sozialausschusses und Familien- und Kulturausschusses

Das umfangreiche Programm begann direkt nach unserer Ankunft. Im norwegischen Parlament - Stortinget - trafen wir Mitglieder des Arbeits- und Sozialausschusses und des Familien- und Kulturausschusses aller im Parlament vertretenen Fraktionen.

Themen waren sowohl die UN-Kinderrechtskonvention wie auch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Es war interessant zu erfahren, dass Norwegen die UN-Behindertenrechtskonvention noch nicht ratifiziert hat. Nach Auskunft der ParlamentarierInnen liegt dies an einer norwegischen Tradition, internationale Vereinbarungen erst zu ratifizieren, wenn die Erfüllung der darin festgelegten Ansprüche und Rechte tatsächlich sicher gestellt werden kann. Die in der UN-Behindertenrechtskonvention dargelegten Rechte der Menschen mit Behinderung kollidieren aktuell noch mit gewissen Arbeitsschutzbestimmungen in Norwegen sowie dem Vormundschaftsrecht. Dieses soll noch in diesem Jahr reformiert werden. Als erste Priorität in einem Umsetzungsplan, Norwegen bis 2025 vollständig inklusiv zu gestalten, wurde die räumliche Ausgestaltung der Bildungseinrichtungen genannt. Besonders spannend fand ich die konsequente Ausrichtung am „universal design“, d.h. der Gestaltung von Räumen, aber auch Gebrauchsgegenständen, die an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung, Kindern, älteren Menschen etc. gleichermaßen angepasst sind. Von Seiten der Opposition wurde kritisiert, dass es für die Ratifizierung der Konvention keinen verbindlichen Zeitplan sowie keine verbindlichen Zusagen hinsichtlich der Finanzierung notwendiger Maßnahmen gäbe.

Bereits im Gespräch mit den ParlamentarierInnen wurde deutlich, dass der inklusive Ansatz in Norwegen deutlich breiter und tatsächlich als Querschnitt in der Planung politischer Initiativen etc. verankert ist. Dies ist offensichtlich auch fraktionsübergreifend der Fall. In Norwegen gibt es keine Sonder- bzw. Förderschulen; grundsätzlich besteht ein Rechtsanspruch darauf, Kinder in der Schule vor Ort einzuschulen. Allerdings besteht die Möglichkeit, Kinder, die taub oder blind sind sowie Autismus haben, in Sondereinrichtungen zu beschulen. Ob dies erfolgt entscheiden die Eltern nach Beratung mit Lehrkräften. Es gibt insofern keine Zwangszuweisung an Förderschulen.

Von den Mitgliedern der Regierungs- wie der Oppositionsfraktionen wurde bemängelt, dass die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung aufgrund der in Norwegen sehr autonomen Kommunen örtlich sehr unterschiedlich ist. Die Kommunen sind zwar aufgefordert, Bericht zu erstatten, es sei aber schwierig, sie zu konkreten Veränderungen zu zwingen. Viele Angebote für Kinder mit Behinderungen seien zudem schlecht aufeinander abgestimmt – ein Befund, den wir in Deutschland teilen.

Was die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention angeht, überraschte uns zunächst die offensichtlich hier nicht passende Argumentation, Norwegen würde internationale Konventionen erst ratifizieren, wenn die Rechtsansprüche auch umgesetzt seien. Die UN-Kinderrechtskonvention wurde von Norwegen bereits 1991 ratifiziert, allerdings wurden die norwegischen Gesetze erst 2003 dahingehend überprüft, ob sie den Ansprüchen der UN-Kinderrechtskonvention entsprechen. Daraufhin wurden allerdings wesentliche Reformen vorgenommen. Interessanterweise besteht auch in Norwegen ein aus grüner Sicht klarer Verstoß gegen die Konvention, den wir auch in Deutschland kritisieren: Jugendliche im Alter von 15 bis 18 (in der Konvention gelten alle Minderjährigen als „Kinder“) werden in asyl- und ausländerrechtlichen Fragen wie Erwachsene behandelt. Allerdings plant die norwegische Regierung zumindest eine Gesetzesvorlage, um 15- bis 18-jährige unter die Kinderfürsorge fallen zu lassen.

Den Abschluss des Abends bildete ein Essen auf Einladung des Botschafters Detlev Rüniger, zu dem auch einige unserer GesprächspartnerInnen der kommenden Tage eingeladen waren. Ich hatte das große Vergnügen neben der Staatssekretärin Kirsti Bergsto zu sitzen, mit der ich nicht nur das Interesse für effektive Maßnahmen zur Durchsetzung echter Gleichstellung teile, sondern auch das Alter und die rund 1 Meter 60 „Größe“, was meine KollegInnen zu diversen Scherzen in Richtung „Politik auf Augenhöhe“ animierte – ein sehr gelungener, informativer Abend!

Besuch des Kindergartens „Sisiktoppen“

Der nächste Tag begann mit einem Besuch des Kindergartens „Sisiktoppen“. Wir sprachen mit dem Leiter der Einrichtung Sigurd Skaugvold und zwei Vertreterinnen der Kindergartenverwaltung.

Fast alle ein- bis fünfjährigen Kinder besuchen in Norwegen den Kindergarten. Bereits 2008 waren es 87%, Tendenz steigend. Norwegen hat beim Ausbau von Kindergärtenplätzen eine bemerkenswerte Leistung vollbracht, denn 2003 besuchten erst 69% der ein- bis fünfjährigen einen Kindergarten. Grund für die verstärkte Nachfrage war die Festlegung einer Gebührenhöchstgrenze, die den Gebührendurchschnitt um bis zu 28% senkte. Der Ausbau der Kindergartenplätze wird nun weiter voran getrieben, da es seit 2009 einen Rechtsanspruch auf einen Platz für alle ein- bis fünfjährigen Kinder gibt. Vor allem bei Kindern unter drei Jahren und Kindern mit einer anderen Muttersprache als Norwegisch hat sich der Anteil stark erhöht.

Der 1974 gegründete Kindergarten „Sisiktoppen“ bietet Platz für 60 Kinder. Je nach Alter gehören die Kinder zu einer der vier Gruppen, die jeweils von drei bis vier PädagogInnen betreut werden – ein Schlüssel, von dem wir in Deutschland nur träumen können.

Interessant war die sehr spezifizierte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher; fast alle verfügten über ein Aufbaustudium als „Spezialpädagoge/in“ (entspricht wohl unseren SonderpädagogInnen) oder MigrationspädagogInnen. Grund unseres Besuches war der, für norwegische Kitas typische, inklusive Ansatz, denn hier werden auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen mit Hilfe von zusätzlichem Personal betreut. Der Kindergarten beschränkt sich dabei nicht nur auf seine Betreuungsfunktion, sondern ist auch ein Treffpunkt für Kinder und Familien, die sich in der gleichen Situation befinden, ein behindertes Kind zu erziehen. Wichtig war den ErzieherInnen darauf hinzuweisen, dass es ihnen um die Unterstützung der Familien und nicht etwa um eine Kontrollfunktion den Familien gegenüber geht. Geschwister und FreundInnen sind ausdrücklich willkommen, um andere Kinder mit Behinderung kennenzulernen.

Der Kindergarten orientiert sich bei seiner Arbeit stark an der UN-Kinderrechtskonvention. Das Kind wird als selbstständiges Individuum mit eigenen Rechten und Bedürfnissen angesehen und in die Planung und Gestaltung des Lebens im Kindergarten einbezogen. Zusätzliche Förderung erhalten Kinder vor der Einschulung. In einer speziellen Gruppe werden sie durch Gesang, Umgang mit Wortspielen, Zahlen, Mengenangaben, geometrischen Formen und Buchstaben auf die Schule vorbereitet. Interessant war, dass sich die finanzielle Ausstattung der Kita nicht an der Anzahl der Kinder mit Behinderung richtet, sondern eine Grundannahme getätigt wird, dass ca. 17 Prozent aller Kinder eine Behinderung haben. Auf dieser Grundlage werden zusätzliche Personalmittel bereit gestellt.

Besuch der Linderud Schule

Anschließend besuchten wir eine Grundschule und sprachen mit Rektor Bjorn Ekren und der Rektorin Tove Vaeting. Der Rektor berichtete uns, dass der inklusive Ansatz mit zunehmendem Alter der Kinder und Jugendlichen immer schwerer umzusetzen sei – dies ist auch eine Rückmeldung, die wir von Lehrkräften in Deutschland immer wieder bekommen. Im Gegensatz zu Deutschland besuchen in Norwegen alle Kinder gemeinsam die Schule verpflichtend von der ersten bis zur zehnten Klasse. Diese Schulzeit ist aufgeteilt in die Primarstufe von Klasse 1 bis 7, in der keine Noten vergeben werden, und in die untere Sekundarstufe von Klasse 8 bis 10. Die Noten ab der 8. Klasse entscheiden darüber, ob ein Schüler noch drei weitere Jahre in der Oberstufe lernt. Bemerkenswert ist, dass Bücher, Hefte und Stifte bis zur 10. Klasse kostenlos sind und dass es trotz der kommunalen Verantwortung für die Schulen im Gegensatz zu Deutschland einen national einheitlichen Lehrplan gibt.

Die Linderud Schule ist eine Grundschule „für alle“ mit einem besonderen Augenmerk auf die Integration von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und/oder Behinderung. 690 Kinder

besuchen die Einrichtung und werden von 100 Angestellten betreut und versorgt, unter anderem in zwei sonderpädagogischen Abteilungen. Ziel der Schule ist es, den Kindern zu einem positiven Selbstbild zu verhelfen, in dem sie fördern, dass SchülerInnen so respektiert werden, wie sie sind, und sich ihrer Schule zugehörig fühlen. Ihre unterschiedlichen kulturellen Hintergründe werden nicht als Problem, sondern als positive Qualitäten betrachtet.

Beeindruckt haben uns die ausgezeichnete Personalausstattung der Schule sowie der Mix unterschiedlicher Professionen, die sich mit den Schülerinnen und Schülern beschäftigt haben. „Klassisches“ Lernen im Klassenverbund gab es nur sehr wenig, vielmehr verfolgten die Schülerinnen und Schüler ihre individuellen Tagespläne. Vor diesem Hintergrund „fielen die Kinder mit Behinderung gar nicht auf“, die ebenfalls ihre individuellen Lernpläne bearbeiteten. Das Miteinander der Kinder mit und ohne Behinderung war selbstverständlich. Besondere Klassen gab es allerdings für Kinder mit Autismus, die sehr besondere Anforderungen stellen. Ein Mädchen konnte beispielsweise andere, fremde Kinder in ihrem engeren Umfeld nicht akzeptieren und hatte daher einen kleinen Raum für sich, in dem sie von ihren Freundinnen und Freunden „besucht“ wurde, um gemeinsam Unterrichtseinheiten zu absolvieren.

Besuch des norwegischen Behindertendachverbands “Funksjonshemmedes Fellesorganisasjon”

Nachmittags lernten wir den norwegischen Behindertendachverband (FFO) kennen, wo uns die juristische Beraterin Anne Therese Sortebeck empfing. Gegründet wurde der Verband im Jahr 1950 und ist mit seinen 71 Organisationen und mehr als 335.000 Mitgliedern in ganz Norwegen vertreten. Das Hauptziel ist die Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung, sowie die Beteiligung behinderter und chronisch kranker Menschen in der Gesellschaft und die Verbesserung ihres Alltags. Um dieses Ziel zu erreichen, koordiniert der FFO die Arbeit und die politischen Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen, leistet Unterstützung und Beratung. Der Verband stellt darüber hinaus den Mitgliedsorganisationen umfangreiches Material zur Verfügung, organisiert Weiterbildungen und Veranstaltungen und leistet Öffentlichkeitsarbeit. Zweimal jährlich tagt der Kongress, das wichtigste Gremium des Verbandes, das die 12 Vorstandsmitglieder wählt. Neben einer zentralen Repräsentanz des Verbandes sorgen Niederlassungen in den Ländern und Gemeinden für eine bessere Vernetzung.

Das Gespräch ergab eine große Zufriedenheit der Organisation mit der Gesetzeslage in Norwegen, allerdings sei die Umsetzung vielerorts noch nicht ausreichend. Auch in diesem Gespräch wurde der autonome Status der Kommunen als Ursache des Problems genannt,

da er zu sehr unterschiedlichen Standards vor Ort führt. Auch die geplante Reform des Vormundschaftsrechts war wieder Thema. Es wurde deutlich, dass die Hauptproblematik der Umsetzung in der Verlagerung der Kompetenzen von der kommunalen auf die regionale Ebene und die damit einhergehende Vereinheitlichung der Standards liegt.

Gespräch mit UNICEF Norge und Redd Barna

Im Anschluss fuhren wir zum norwegischen Komitee für UNICEF und Redd Barna. Dort empfingen uns Nina Kolbjornsen von UNICEF und Mariannne Hagen, die außer ihrer Tätigkeit für Redd Barna Leiterin des Forums für die UN-Kinderrechtskonvention ist.

UNICEF Norge ist eines von 37 nationalen Komitees des UN-Kinderhilfswerks und setzt sich seit 1954 für die Kinderrechte ein. Heute engagieren sich in Norwegen 24 hauptamtliche MitarbeiterInnen für die Umsetzung der Konvention, in dem sie Spenden sammeln, UNICEF-Grußkarten und andere Geschenkartikel verkaufen, PolitikerInnen und Behörden beraten und Aufklärungsarbeit über die Tätigkeiten von UNICEF und die Rechte der Kinder leisten.

Redd Barna gehört zur größten unabhängigen Kinderrechtsorganisation der Welt, dem "Save the Children Fund". Gegründet 1919 begann die Arbeit der Organisation in Deutschland und hat sich mittlerweile auf 120 Länder ausgeweitet. Bereits 1923 veröffentlichte der "Save the Children Fund" eine Erklärung über die Rechte der Kinder, die heute Bestandteil der UN-Kinderrechtskonvention ist. Die Organisation berät den Wirtschafts- und Sozialrat der UN und setzt sich für die Rechte aller Kinder auf Gesundheit, Leben, Schule, Bildung und Schutz vor Gewalt und Ausbeutung ein. Redd Barna erhält in Norwegen große Unterstützung sowohl durch Spenden als auch durch mehrere tausend Freiwillige, die im ganzen Land Projekte und Veranstaltungen organisieren.

Im Gegensatz zum Umgang der aktuellen deutschen Bundesregierung mit den Concluding Observations des UN-Ausschusses zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention hat Norwegen den „Arbeitsauftrag“ angenommen. Es wird als sehr positiv aufgenommen, dass der UN-Ausschuss konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation in Norwegen gemacht hat. Unsere DiskussionsteilnehmerInnen bemängelten, dass die Kinderrechtskonvention in Norwegen noch immer wenig bekannt sei, bspw. bei Ärzten. Zudem sei die Umsetzung auf Gemeindeebene sehr heterogen. Wir sprachen auch über den Ombudsmann für Kinder, den wir am nächsten Tag kennenlernten. Die Einrichtung der Ombudschaft wurde sehr begrüßt, allerdings sei der Ombudsmann nicht unabhängig genug und könne zum Beispiel noch keine individuellen Beschwerden entgegennehmen.

Gespräch mit dem staatlichen Rat für die Gleichstellung von Behinderten

Zum Abschluss des Tages trafen wir Vertreterinnen und Vertreter des staatlichen Rates für die Gleichstellung von Behinderten. Der unabhängige Rat wurde 2008 für die Dauer von vier Jahren gegründet und arbeitet selbstständig. Die 15 Mitglieder, die ExpertInnen für die Situation von Behinderten und Barrieren in der Gesellschaft sind, beraten hauptsächlich öffentliche Institutionen. Aufgabe ist es, die Kenntnisse der Entscheidungsträger und Behörden zu vertiefen, damit die Beteiligung und die Rechte der Behinderten gestärkt werden. Die Ratsmitglieder kritisierten, dass die UN-Behindertenrechtskonvention noch nicht ratifiziert ist. Der Rat hat deshalb sogar einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben – was in Norwegen wohl sehr untypisch ist. Auch in diesem Gespräch wurde die sehr unterschiedliche Lage der Menschen mit Behinderung in den einzelnen Kommunen kritisiert. Es gäbe erhebliche Steuerungsprobleme top down in die Kommunen. Unsere GesprächspartnerInnen waren sehr beeindruckt vom deutschen Quoten-Gesetz für Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben, wonach Arbeitgeber ab einer bestimmten Größe eine Ausgleichszahlung leisten müssen, wenn sie keine Menschen mit Behinderung einstellen. Eine solche Regelung sei in Norwegen nicht durchsetzbar gewesen. Insbesondere was die Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben angeht, erschienen uns die Fortschritte Norwegens nicht so mustergültig wie offiziell verlautbart.

Den Abend verbrachten wir zunächst bei einem Essen auf Einladung des ersten Botschaftsrates Jan Friedrich in dessen Residenz. Herr Friedrich war sehr interessiert an meiner Einschätzung zur neuen Rolle der starken Grünen in der deutschen Politik. Nach dem Abendessen ist die gesamte Delegation noch in die Innenstadt Oslos gebummelt, wo wir uns in einer netten Kneipe am Hafen noch ein Feierabendgetränk gönnten. Da es in Norwegen rund Mittsommer nachts so gut wie gar nicht dunkel wurde, erschreckte uns der Blick auf die Uhr ...

Gespräch mit dem norwegischen Kinderombudsmann “Barneombudet”

Der letzte Tag unseres Besuches in Oslo begann mit einem Gespräch mit dem Kinderombudsmann Reidar Hjermand. Seit 2004 ist der gelernte Psychologe Inhaber des 1981 geschaffenen Amtes. Der Kinderombudsmann ist ein selbstständiges und parteipolitisch unabhängiges Organ, das vom Kabinett nominiert und vom König ernannt wird.

Die Hauptaufgabe des Kinderombudsmannes ist die Interessen von Kindern gegenüber der Gesellschaft zu vertreten und die Entwicklung der Lebensbedingungen für das Heranwachsen von Kindern zu beobachten. Dafür initiiert der Ombudsmann Projekte und Studien, um Informationen über die Situation von Kindern zu erhalten. Der Ombudsmann ist

berechtigt, Vorgänge zu untersuchen, zu kritisieren und öffentlich zu machen, um das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu steigern. Allerdings kann er Entscheidungen der Verwaltung nicht selbst rückgängig machen. Vielmehr hat er die Rolle eines Politikers, der die Interessen der Kinder vertritt und die Rolle eines Aktivisten, wenn ein spezieller Fall Aufmerksamkeit benötigt. Auch kann das Ombudsmannbüro als Beratungsstelle für Kinder, Eltern, und Organisationen dienen.

Wir haben uns länger über eine aktuelle Handreichung zum Thema Kinder von Gefangenen unterhalten, die der Ombudsmann gemeinsam mit jugendlichen „Expertinnen und Experten“ erstellt hat, und die nun unter anderem in der Neukonzeptionierung der räumlichen Gestaltung von Gefängnissen Anwendung finden soll.

Der Ombudsmann hat uns darauf hingewiesen, wie bedauerlich es ist, dass es in Deutschland noch keine Ombudsstelle für Kinderrechte gibt. Deshalb ist Deutschland auch nicht eingebunden in das europäische Netzwerk der Ombudspersonen für Kinderrechte, dem bereits 17 Ombudspersonen angehören, die sich für eine Harmonisierung der Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Europa engagieren. Auch der Ombudsmann kritisierte die heterogene Umsetzung der Kinderrechte aufgrund des sehr autonomen Status der Kommunen. Interessant: Von einigen deutschen Bundesländern hat sich der Ombudsmann das Wahlrecht mit 16 auf kommunaler Ebene abgeschaut, das auf seine Initiative hin nun in 16 kommunalen Wahlbezirken in Norwegen erprobt wird.

Gespräch mit der Staatssekretärin im Ministerium für Kinder, Gleichberechtigung und Integration

Der nächste Termin führte uns ins Ministerium für Kinder, Gleichberechtigung und Integration, wo uns Staatssekretärin Kirsti Bergsto erwartete. Die ausgebildete Pädagogin ist Mitglied der Sozialistischen Linkspartei und seit 2010 im Amt.

Das Ministerium, geleitet durch Audun Lysbakken, ist zuständig für Interessen der Verbraucher, Familie und Lebensgemeinschaft, für Lebensbedingungen und das Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung und Integration von Einwanderern. Ganz oben auf der Agenda des Ministeriums steht die Gleichberechtigung von Vätern. Im Zusammenhang mit der UN-Kinderrechtskonvention diskutierten wir insbesondere die Initiativen Norwegens, Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Fragen eine Stimme zu geben. Hier sind beispielsweise das Adoptionsrecht und die Stellung von Kindern und Jugendlichen gegenüber dem Jugendamt gesetzlich verändert worden. Zudem stellt die Staatssekretärin die Planungen des Ministeriums zum Universal Design „Norwegen universell gestalten 2025“

vor. Leider konnten wir den Plan aufgrund des kurzen Termins nicht mehr eingehend diskutieren.

Gespräch mit der norwegischen Gleichstellungsbeauftragten

Zum Abschluss unserer Reise nach Oslo besuchten wir die norwegische Gleichstellungs- und Diskriminierungsbeauftragte Sunniva Orstavik. Das Amt wurde 2006 auf Grundlage des Gesetzes zur Gleichstellung von 1978 eingerichtet und ist dem Ministerium für Kinder, Gleichberechtigung und Integration unterstellt. Die Beauftragte ist dafür verantwortlich die Einhaltung des Gesetzes zu fördern und die Diskriminierung nicht nur in Bezug auf Geschlecht, sondern auch auf Ethnizität, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung und Alter zu bekämpfen. Sie fördert darüber hinaus die Gleichstellung und beobachtet den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess. Die Beauftragte vertritt außerdem unentgeltlich Kläger, die aufgrund von Verstößen gegen das Gleichstellungsgesetz gerichtliche Maßnahmen ergreifen. Leider konnte ich nur sehr kurz an dem Termin teilnehmen, weil ich zum Flughafen musste und daher nur die Vorstellung der Aufgaben des Amtes mitbekommen habe.

Diese Reise war für alle Mitglieder der Kinderkommission mit Blick auf die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft – bei uns natürlich mit dem Fokus auf Kinder und Jugendliche – sehr erhellend. Besonders im Gedächtnis bleibt mir die „inklusive“ Einstellung der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas und der Lehrkräfte in den Schulen, die ein Sortieren nach Behinderung schlichtweg nicht kennen und so auch eine Individualisierung des Lernprozesses für alle Kinder ermöglichen. Hauptproblem sowohl bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention wie der UN-Behindertenrechtskonvention scheint der sehr autonome Status der Kommunen und die damit einhergehenden örtlich sehr unterschiedlichen Standards zu sein, was auf ein großes Theorie-Praxis-Problem zwischen den verschiedenen Ebenen hindeutet.

Selbstverständliche habe ich jede Menge Materialien zu den diversen Programmpunkten mitgebracht, die ich gerne auf Nachfrage zur Verfügung stelle.